

👁 1557

Die Steuerflucht der Reichen: Vier Länder, eine Warnung für Deutschland

Befürworter einer Vermögensteuer oder höherer Erbschaftsteuer argumentieren häufig, es sei eine Legende, dass Reiche als Reaktion das Land verlassen würden.

Was passiert wirklich, wenn Steuern für Reiche stark erhöht werden?

Beispiel Schweden

In den 70er Jahren wagte Schweden ein Experiment des „demokratischen Sozialismus“, das dazu führte, dass Unternehmer frustriert das Land verließen. Ein prominentes Beispiel dafür ist Ingvar Kamprad, der Gründer des schwedischen Möbelherstellers Ikea. Für reiche Menschen wie ihn lag der Spitzensteuersatz damals in Schweden bei 85 Prozent. Doch damit nicht genug. Hinzu kam eine Vermögensteuer, die der Unternehmer aus dem Privatvermögen zu zahlen hatte. Kamprad wollte eines der kleineren Unternehmen, die sich in seinem Privatbesitz befanden, mit Gewinn an Ikea verkaufen, um damit die Schulden, die er als Privatperson bei Ikea hatte, zu tilgen. Aber als Kamprad den Verkauf vorbereitete, änderte die schwedische Regierung die Steuergesetzgebung, und zwar rückwirkend. Er blieb auf seinen hohen Kosten sitzen und ärgerte sich darüber, dass in seinem Land Unternehmer so unfair und schlecht behandelt wurden. 1974 wanderte er nach Dänemark aus, später zog er in die Schweiz, wo er für die kommenden Jahrzehnte als zeitweise reichster Mann Europas lebte. Erst im hohen Alter kehrte Kamprad 2013 nach Schweden zurück und zahlte dort Steuern – ein Beispiel dafür, wie sich Staaten, die Reiche zu hoch besteuern, am Ende ins eigene Fleisch schneiden.

Der psychologische Effekt

Der deutsche Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger schrieb damals über Schweden: „In einer solchen Gesellschaft haben die Reichen, so scheint es, wenig zu lachen. Ja, wenn es nur die Steuern wären! Die wollen sie, als anständige Staatsbürger, wenn auch ungern, so doch pünktlich bezahlen. Was sie viel mehr kränkt, ist der Umstand, dass niemand Verständnis für ihr Los aufbringt.“ Schweden habe sich zu einem Land entwickelt, in dem sich die Reichen „überflüssig, missachtet und ausgeschlossen“ fühlten, so Enzensberger.

Der soziale Druck war auch deshalb groß, weil jeder Schwede vom anderen erfahren konnte, was er verdiente. Wer mehr als 50.000 Kronen verdiente, war in einem „Taxeringskalender“ aufgeführt, den jeder einsehen konnte. Schweden hat später bekanntlich die Erbschaft-, Schenkung- und Vermögensteuer abgeschafft. Vor der Abschaffung lebten in Schweden lediglich etwa zwei Dollarmilliardäre. Heute sind es nach Berechnungen von Anders Ydstedt auf Basis der Forbes-Liste 32 – während weitere 13 schwedische Milliardäre im Ausland leben.

Wenn Reiche das Land verlassen, hat das wirtschaftliche Folgen. Die Ökonomen Katrine Jakobsen, Henrik Kleven, Jonas Kolrud, Camille Landais und Mathilde Muñoz untersuchen, wie Vermögende auf Vermögensteuern reagieren. Ein Ergebnis: „When an entrepreneur subject to the wealth tax leaves a country, the employment in their businesses drops by 33 percent, gross investments by 22 percent, value-added by 34 percent and tax payments by 51 percent.”

Millionärssteuer in Frankreich

Im Februar 2012, mitten im französischen Präsidentschaftswahlkampf, überraschte der sozialistische Kandidat François Hollande mit der Forderung nach einer drastischen Steuererhöhung für Spitzenverdiener. Er kündigte an, Einkommensteile oberhalb von einer Million Euro im Jahr mit 75 Prozent zu besteuern. Nach Hollandes Wahlsieg lösten die Pläne eine heftige Debatte über die Abwanderung vermögender Franzosen aus. Besonders bekannt wurde der Schauspieler Gérard Depardieu, der Ende 2012 seinen Wohnsitz nach Belgien verlegte und der französischen Regierung vorwarf, Erfolg und Talent zu bestrafen. Auch Frankreichs damals reichster Mann, LVMH-Chef Bernard Arnault, beantragte die belgische Staatsbürgerschaft, bestritt allerdings ausdrücklich, dass dies aus steuerlichen Gründen geschehe.

Im Dezember 2012 erklärte der französische Verfassungsrat die ursprüngliche Konstruktion der 75-Prozent-Steuer für verfassungswidrig. Hollande gab das Vorhaben dennoch nicht auf und ließ die Steuer in veränderter Form einführen, wobei schließlich die Unternehmen die Abgabe auf Gehälter oberhalb einer Million Euro tragen mussten.

Im Jahr 2013 stieg die Zahl der Steuerpflichtigen, die über 100.000 Euro im Jahr verdienten und aus Frankreich auswanderten, um 40 Prozent und von denen, die über 300.000 Euro im Jahr verdienten sogar um 46 Prozent. Interessant ist jedoch, dass diese Abwanderung schon 2011 begann, als Hollandes Vorgänger Nicolas Sarkozy noch im Amt war. Es war wohl nicht nur die tatsächliche Steuerbelastung, sondern die gesellschaftliche Atmosphäre mit einer ständigen Hetze gegen Reiche, die zu der Abwanderung führte.

Norwegen

Wie stark Vermögende auf Unterschiede bei der Vermögensteuer reagieren, zeigt eine Studie der Ökonomen Roberto Iacono und Bård Smedsvik über ein natürliches Experiment in Norwegen. Ausgangspunkt ist ein natürliches Experiment in der kleinen nordnorwegischen Gemeinde Bø, die 2021 ihren kommunalen Vermögensteuersatz eigenständig senkte. Der Satz wurde von 0,85 auf 0,35 Prozent reduziert. Ihre Schätzungen ergeben, dass eine Senkung des Vermögensteuersatzes um einen vollen Prozentpunkt mit einem Anstieg des durchschnittlichen steuerpflichtigen Vermögens um rund 45 Prozent verbunden ist.

Auf der anderen Seite: Nach der Erhöhung der norwegischen Vermögensteuer auf bis zu 1,1 Prozent nahm die Abwanderung Vermögender stark zu. Allein 2022 verließen 261 Personen mit einem Vermögen von mehr als zehn Millionen Kronen das Land, 2023 weitere 254. Mit insgesamt 515 Wegzügen in nur zwei Jahren lag die Zahl mehr als doppelt so hoch wie vor der Steuererhöhung. Die Regierung verschärfte daraufhin zusätzlich die Wegzugsbesteuerung; auf nicht realisierte Kapitalgewinne oberhalb von drei Millionen Kronen werden beim Wegzug 37,8 Prozent fällig.

Großbritannien

Großbritannien schaffte zum 6. April 2025 das traditionelle Non-Dom-Steuerregime ab. Bis dahin konnten in Großbritannien lebende Personen mit ausländischem „domicile“ unter bestimmten Voraussetzungen ausländische Einkünfte und Kapitalgewinne von der britischen Besteuerung ausnehmen, solange sie diese nicht nach Großbritannien überwiesen. Seit der Reform gilt grundsätzlich ein wohnsitzbasiertes System: Wer längerfristig in Großbritannien lebt, muss auch ausländische Einkünfte und Kapitalgewinne versteuern; zugleich wurden ausländische Vermögenswerte langjähriger Einwohner stärker in die britische Erbschaftsteuer einbezogen. Henley & Partners prognostizierte daraufhin für 2025 einen Nettoverlust von 16.500 Millionären durch Abwanderung aus Großbritannien – gegenüber bereits 10.800 im Jahr 2024 - dem höchsten jemals von dem Beratungsunternehmen für ein einzelnes Land erfassten jährlichen Nettoabfluss.

Deutschland

Die Partei Die Linke fordert, dass die Vermögensteuer wieder erhoben wird. Bis zu einem Vermögen von 50 Millionen Euro steigt die Steuer von einem auf fünf Prozent, in der Spitze auf bis zu zwölf Prozent. Ein von der LINKEN in Auftrag gegebenes DIW-Gutachten sagt: „Steuerpflichtige können ihre Investitionen und sonstige Portfolios sowie Finanzierungen anpassen. Insbesondere können sie im Ausland investieren, sofern Auslandsinvestitionen steuerbegünstigt oder steuerbefreit sind. Daher sollten Auslandsvermögen vollständig in die Steuerpflicht einbezogen

werden. Dazu müssen noch bestehende Doppelbesteuerungsabkommen, die Auslandsvermögen von Inländern steuerfrei stellen, etwa bei Unternehmen oder Immobilien, auf die Anrechnungsmethode umgestellt werden.“

Übersetzt heißt dies, dass der Plan der Linken unmöglich ist. Deutschland kann bestehende Doppelbesteuerungsabkommen nicht einseitig ändern, sondern braucht stets die Zustimmung des Partnerlandes. Neuverhandlungen solcher Abkommen dauern erfahrungsgemäß viele Jahre, oft ein Jahrzehnt oder länger, weil beide Parlamente zustimmen müssen. Zudem müssten über 90 deutsche Doppelbesteuerungsabkommen weltweit neu verhandelt werden, was diplomatisch und administrativ unrealistisch ist. In der Praxis würden Kapital und Investitionen lange ausweichen, bevor ein solches global koordiniertes System umgesetzt werden könnte.

Das DIW sagt auch, dass die Pläne der Linken zu „erheblichen wirtschaftlichen Risiken“ führen würden. Internationale Großinvestoren würden bei der Umsetzung der Pläne „einen Umweg um Deutschland machen“, und der deutsche Wirtschaftsstandort würde deutlich belastet. Mögliche Folgen wären, dass Arbeitsplätze in Deutschland reduziert werden, die Wertschöpfung und das Wachstum sinken und damit auch das Aufkommen von Lohnsteuer, Sozialbeiträgen und indirekten Steuern. Vermieden werden könne das nur, wenn die Steuerbelastung international koordiniert würde – was realitätsfremd ist.

Solange man nicht eine Mauer baut, werden immer wieder Reiche gehen, zumal es im Zeitalter der Globalisierung und der KI viel einfacher ist, seine wirtschaftlichen Aktivitäten von anderen Ländern aus zu steuern.

Rainer Zitelmann ist Autor des Buches Zero-Sum Mindset. Die Nullsummenfalle.

Verfasst von Rainer Zitelmann

Letzte Änderung 03.10.2026, 17:06